Politischer Wegweiser

Der „Politische Wegweiser" erscheint wöchentlich einmal an jedem Sonnabend. – Bezugspreis: 75 Goldpfennig monatlich zuzüglich 6 Goldpfennig Postzustellungsgebühr. – Bestellungen nehmen alle zuständigen Postämter, Briefträger und der Verlag Halle (Saale), Gr. Brauhausstr. 30, entgegen.

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit u. Vaterland

Streiks, höhere Gewalt und Betriebsstörung entbinden den Verlag von der Haftung für Verzögerung und Entschädigung.
Verlag: Verein der Deutschen Demokratischen Partei, Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30
Schriftleitung: Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30. Fernsprecher Nr. 1277

Anzeigenpreis: Für die zehngespaltene Millimeter-Zeile 10 Goldpfennig. – Anzeiger im Redaktionsteil 1 Mark. – Anzeigenannahme durch den Verlag des „Politischer Wegweiser", Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30.

Nummer 48 | Halle, 1. Dezember 1928 | 4. Jahrgang

Koalitionsverhandlungen

In Uebereinstimmung mit dem Reichspräsidenten, der übrigens schon seit längerer Zeit darauf drängte, hat nunmehr Hermann Müller die Besprechungen über eine Umbildung der Reichsregierung in die Wege geleitet. Die erste Unterhaltung hat bereits stattgefunden, ohne jedoch ein praktisches Ergebnis zu zeitigen. Das war vorauszusehen. Auf den ersten Anhieb hin kann dieses Werk nicht gelingen. Da man im Laufe dieser Woche noch einmal zusammenkommen will, brauchte man an sich keinen Pessimismus zu betonen. Im Gegenteil lassen sich die ersten Besprechungen ganz gut an. Nur ist das so üblich. Die Schwierigkeiten tauchen immer gegen Schluß auf. Auch damit muß gerechnet werden. Unüberwindlich sind sie nicht, obwohl man ihre Bedeutung nicht verkennen darf. Sie zeichnen sich schon sichtbar genug ab, und zwar auf sachlichem Gebiet, während die persönlichen Fragen noch gar nicht in den Kreis der Erörterungen einezogen worden sind. An sich wäre es das Richtigste, das Kabinett auf die Beine zu stellen, ohne lange nach einem Programm zu fragen, denn gewöhnlich nehmen die Ereignisse einen anderen Lauf, als in den Vereinbarungen vorgeschrieben wurde. Dann muß alles wieder umgestoßen werden. Leider aber bestehen zwei Parteien, es sind die deutsche und die bayrische Volkspartei, darauf, schon vorher ein Programm fertigzustellen, auf das man sich verpflichtet. Schon im Faust heißt es, daß man getrost nach Hause tragen kann, was man schwarz auf weiß besitzt. Diese Auffassung ist auch jetzt wieder herrschend. Als zweckmäßig können wir sie nicht erachten, vor allem fürchten wir, daß es wieder einige unruhige Wochen geben wird, die angesichts der gespannten politischen und wirtschaftlichen Lage sehr leicht bedenkliche Folgen haben können. Wir müssen uns aber damit abfinden.

Die Tagung der Deutschen Volkspartei

In den letzten Tagen der vergangenen Woche hat die deutsche Volkspartei zu den politischen Fragen Stellung genommen. Die Anwesenheit Stresemanns machte sich angenehm bemerkbar. Herr Dr. Scholz schlug eine bewegliche Taktik ein. Er wich stillschweigend zurück. Das ist bei ihm so Brauch, verpflichtet aber nicht. Wenn der Minister den Rücken kehrt, macht er doch wieder in Krisen. Von den Forderungen, die er im Sommer bei der Bildung der jetzigen Regierung aufgestellt hat, ist nicht allzu viel übrig geblieben. Der entschiedene Wille Stresemanns und des Reichswirtschaftsministers Dr. Curtius, unter allen Umständen in den Aemtern zu verbleiben, um zu arbeiten, hat die Stimmen ihrer Gegner in den Reihen gedämpft. Die Große Koalition wurde widerspruchslos als das Ziel bezeichnet, dem man mit allen Kräften zustreben muß. Rein theoretisch wurde zwar auch von der Umbildung in Preußen gesprochen, doch hatte man nicht den Eindruck, daß es eine conditio sine qua non mehr ist und das ist gut so. So unbedingt wir auch die Wichtigkeit einer gleichzeitigen Bindung derselben Parteien im Reich wie in Preußen nicht verkennen, möchten wir doch nicht, daß deswegen irgendeine Verzögerung eintritt, die sehr leicht verhängnisvolle Folgen haben kann. Dazu sind die Aufgaben der nächsten Monate zu folgewichtig. Es kommt auch hinzu, daß in dem größten Lande die Schwierigkeiten nicht unterschätzt werden dürfen, die durch die Konkordatsfrage entstehen. Das Zentrum geht von der Auffassung aus, daß es diese Vereinbarungen mit dem Vatikan leichter in die Scheuern einbringen kann, wenn es innerhalb der Regierung nur mit den Demokraten zu tun hat. Das dürfte ein Trugschluß sein. Die Beschlüsse unserer Partei und unserer Landtagsfraktion lassen keinen Zweifel darüber, daß wir jeden Eingriff in die Schule auf diesem Umwege ablehnen werden. Man kann sogar sagen, daß ein vernünftiges Kompromiß eher zu erzielen ist, wenn beide liberalen Parteien gemeinsam in der Koalition vertreten sind, als wenn die eine draußen steht und schärfste Opposition betreibt. Auch schadet es wirklich nichts, wenn dem Zentrum der Liberalismus geschlossen gegenüber tritt, da die Sozialdemokratie in diesen Fragen nicht unbedingt zuverlässig ist. Da jedoch das Zentrum von seiner Anschauung nicht abgeht, ist es nun einmal besser, wenn man Preußen zunächst seinem Schicksal überläßt. So zahlenmäßig schwach die Demokraten sind, halten sie doch die Entscheidung in Händen.

Die sozialen Fragen

Der springende Punkt bei den Koalitionsverhandlungen im Reich wird die Sozialpolitik sein. Namentlich unter dem Eindruck der Kämpfe an der Ruhr. Hier scheiden sich die Geister. Es ist außerordentlich bedauerlich, daß gerade jetzt eine Verschärfung des Konflikts eingetreten ist und sich zur Stunde jedenfalls noch nicht absehen läßt, wann die Vermittlungsversuche Erfolg haben. Man darf nicht vergessen, daß eine starke Belastung der Koalition aus diesem Ringen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern entsteht, weil es sich um Parteien handelt, die zwar politisch ungefähr in die gleiche Richtung drängen, das gilt nach innen wie **nach außen, die aber in ihrer wirtschaftlichen Struktur** grundverschieden sind. Die Sozialdemokratie umfaßt beinahe ausschließlich Arbeitnehmer oder kleine selbständige Existenzen, die allein ihren Betrieb versehen, also auch kein Interesse am Arbeitgeberstandpunkt haben. Das Zentrum ist an sich gespalten. Es zählt unter seinen Anhängern Angehörige aller Berufe. Nach den vielen Fehlern der jüngsten Vergangenheit muß es aber den Hauptton auf die Gewerkschaften legen, zumal die Erfahrungen des letzten Wahlkampfes bewiesen haben, daß es dieser Kreise nicht mehr sicher ist. Fünfhunderttausend Stimmen hat es am 20. Mai verloren, fast ausschließlich Stimmen aus diesen Elementen. Schon deshalb bemüht es sich, die sozialen Fragen lauter zu betonen. Die Demokraten stehen ungefähr in der Mitte. Auch sie rekrutieren sich zum erheblichen Teil aus Unternehmern oder freien Berufen, höheren Beamten und gehobenen Angestellten. Der Charakter der Parteien, die immer sozial waren und sich als Vermittler fühlten, wird dadurch nicht berührt. Anders aber die deutsche und die bayerische Volkspartei, die zwar auch nicht einheitlich zusammengesetzt sind, aber ihr Schwergewicht auf Industrie und Großhandel, bzw. auf die Landwirtschaft legen müssen. Es wird sehr guten Willens bedürfen, um hier einen Ausgleich zu finden. Wenn man jedoch aus taktischen Erwägungen überspitzte Anträge stellt, so kann sehr leicht alles gefährdet werden. Das gilt sowohl von der Forderung des Zentrums nach einem Notgesetz, durch das die stillgelegten Betriebe zwangsweise wieder eröffnet werden sollen und das für den Staat eine Verletzung seiner Neutralität bedeuten würde, wie für die Vorstöße in der entgegengesetzten Richtung, namentlich die Anzweiflung der Rechtsgültigkeit der vom Reich bewilligten Unterstützungen. Hier wird die Mitte einzuhalten sein.

Der Etat

Ein Hauptproblem unser inneren Politik ist die Deckung des Defizits von 600 Millionen. Auch bei größter Sparsamkeit lassen sich nur Abstriche in bescheidener Höhe ermöglichen. Die Unterbilanz auf diesem Wege auszugleichen, erscheint uns ausgeschlossen. Es müssen also neue Einnahmequellen gesucht werden. Eine Erhöhung der Bezüge aus dem Branntweinmonopol dürfte leicht den geringsten Schwierigkeiten begegnen. Bedenklicher wird es schon bei der Erhöhung der Biersteuer, die nun einmal im deutschen Süden immer leidenschaftliche Empörung wachruft und das Zentrum nötigt, nicht nur auf seine Anhänger jenseits des Main, sondern auch auf die bayerische Volkspartei Rücksicht zu nehmen. Ob an einer Erhöhung der Erbschaftssteuer festgehalten wird, läßt sich nicht erkennen. Der Vorschlag hat bisher eine gewisse Rolle gespielt. Vielleicht soll er durch die Absicht Hilferdings abgelöst werden, die Vermögenszuwachssteuer wieder an das Tageslicht zu ziehen und zwar in der Form, daß die Inflationsgewinne erfaßt werden, wobei das Vergleichsjahr 1922 sein würde. An sich ist dieser Standpunkt durchaus berechtigt und moralisch sogar zu begrüßen. Wir haben für die Zeitgenossen, die sich an der Not des deutschen Volkes bereichert haben, nichts übrig und würden es nur angemessen finden, wenn man sie in einem Akt ausgleichender Gerechtigkeit stärker belastet. Die Bedenken, die dagegen geltend gemacht werden, liegen sowohl hier wie bei der Erbschaftssteuer in der herrschenden Kapitalnot. Man fürchtet, daß durch Zugriffe weitere Betriebe in ihrer Existenz bedroht werden. Ganz von der Hand weisen kann man es nicht, namentlich nicht bei der Landwirtschaft. Es wird daher sehr sorgfältiger Nachprüfung bedürfen, um eine Form der finanziellen Gesetzgebung zu finden, die das erstrebte Ziel, nämlich die Aufbringung mehrerer hundert Millionen erreicht, ohne allzu große Nachteile im Gefolge zu haben.

Die Reparation

Es hat keinen Zweck, Vogel-Strauß-Politik zu betreiben. Wir sagen das, weil wir nicht ganz den Eindruck überwinden können, daß man an unseren amtlichen Stellen den Kopf in den Sand stecken möchte. Die bisherigen Verhandlungen mit unseren Gläubigern sind nicht dazu angetan, uns in Sicherheit zu wiegen. Poincaré hat zweifellos das Heft in der Hand, wobei besonders bemerkenswert die Nachgiebigkeit der Engländer ist, die offenbar darauf verzichten, eigene Politik zu betreiben und sich in einer ähnlichen Abhängigkeit von Paris befinden, wie wir in den letzten Jahren vor dem Kriege von Wien. Die Franzosen haben insofern nachgegeben, als sie die Unabhängigkeit der Sachverständigen zugestanden. Das klingt bedeutungsvoller als es ist, denn diese Sachverständigen bekommen genaue Anweisungen mit in die Konferenz. Einmal die Balfour-Note, sodann die Rede Poincarés in Chambery, die beide in die gleiche Richtung weisen. Die Westmächte verlangen, daß wir ihre Schulden an Amerika bezahlen, während Frankreich und Belgien noch Entschädigung für die Zerstörungen hinzurechnen. Im Versailler Vertrage steht nichts davon, daß wir die Kriegskosten aufzubringen haben. Aber nicht darin sehen wir das Schwerwiegende. Sobald einmal die deutsche Leistungsfähigkeit erörtert wird, zeigt sich sofort, daß all diese Zahlen in der Luft schweben. Sie haben in der realen Welt überhaupt keinen Wert. Viel bedenklicher erscheint uns, daß jetzt die Reparationskommission seligen Angedenkens wieder zu neuem Leben erweckt und sogar in die Führung hineingeschmuggelt werden soll. In der Vereinbarung der sechs Mächte in Genf ist sie überhaupt nicht erwähnt worden. Zur Beruhigung sagt man, daß diese Kommission ja auch die Einladung nach London 1924 ergehen ließ. Das ist richtig, nur hat sich seitdem vieles geändert. Sie war auch damals ein Hemmschuh und ist erst von den Amerikanern beiseite geschoben worden. Sie jetzt wieder einzuschalten, bedeutet eine beträchtliche Erschwerung, da sie auch die Vertretung der Kleingläubigerstaaten, Polen, Tschechoslowakei, Rumänien und Portugal ist. Nach unserer Meinung sollte man hier von vornherein den nötigen Widerstand leisten.

Die Aussichten

Es kann gar nicht oft genug betont werden, daß zu einem Optimismus in der Reparationsfrage keinerlei Veranlassung vorliegt. Man ist ja verschiedener Ansicht darüber, ob die Zeit für eine endgültige Regelung reif ist. Sicherlich spricht manches dafür, die Dinge jetzt in Angriff zu nehmen. Auf der anderen Seite aber muß man doch sagen, daß der Druck der wirtschaftlichen Verhältnisse sich von Jahr zu Jahr stärker auswirkt. Die entscheidende Frage bleibt, ob er heute schon groß genug ist, um unsere Vertragsgegner zu dem notwendigen Einlenken zu veranlassen. Diesen Eindruck haben wir nicht. Allerdings besitzt Deutschland in dem Transferschutz eine Trumpfkarte, die es im Notfall auf den Tisch legen muß. Wenn es nicht anders geht, muß Deutschland evtl. nein sagen. Ein Verzicht kommt nur dann in Betracht, wenn die uns gestellten Bedingungen ihn als unerträglich erscheinen lassen. Das ist jedoch nicht der Fall bei den jetzt genannten Zahlen. Sie sind riesengroß und unerschwinglich. Auch soll man nicht ohne weiteres auf die Forderung eingehen, uns auf 62 Jahre zu binden, weil dieser Zeitraum in den Vereinbarungen der Amerikaner mit ihren europäischen Schuldnern festgelegt worden ist. Dadurch läßt man sich zu leicht über die Höhe der Endsumme täuschen. Wir haben überhaupt das Gefühl, daß etwas Zahlenspielerei betrieben wird und können nur der Auffassung beipflichten, daß es richtiger ist, unter gegebenen Umständen ein neues Provisorium für wenige Jahre zu schaffen, vorausgesetzt, daß die Jahresleistungen niedriger sind als jetzt, als Verpflichtungen für unabsehbare Zeiten einzugehen. Dabei verkennen wir nicht, daß man in weiteren Kreisen das als einen Mißerfolg ansehen würde, nur halten wir das für leichter tragbar, als im Augenblick mit einem Siege zu prunken, der sich nachher als eine Niederlage herausstellt. Davor kann gar nicht dringend genug gewarnt werden.

Richard May

Jeder Demokrat

schließt sich der Deutschen Demokratischen Partei an

Anmeldung:

Halle, Große Brauhausstraße 30.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16761780X19281201-14/fragment/page=0001

Gefälschte Wahlen

Strafanzeige gegen den deutschnationalen Obermeister Paeth.

In der Berliner Tischler-Innung vollziehen sich augenblicklich Dinge, die in der Geschichte des deutschen Handwerks ohne Vorgang sind. Gegen den Obermeister Paeth, den Vorsitzenden des Innungsvorstandes, ist auf Grund des § 108 des Strafgesetzbuches Anzeige bei der Staatsanwaltschaft wegen Wahlfälschung erhoben worden. Schon vorher wurden die Vertreterwahl zur Innungsversammlung und die Wahl zum Innungsvorstand vom 20 Februar und vom 18. Juni 1928 für ungültig erklärt und von der Aufsichtsbehörde, nämlich dem Magistrat Berlin, ein Magistratskommissar zur Durchführung von Neuwahlen eingesetzt. Kommissar ist Stadtrat Dr. Dreitel, Stellvertreter Stadtrat Ahrens.

Die Vorgeschichte dieser Maßnahme besitzt zum mindesten den Reiz der Neuheit. Obermeister Paeth, deutschnationaler Reichstagskandidat, hat bei der Wahl im Juni die beiden Gegenlisten der Arbeitsgemeinschaft der Berliner Tischlermeister für ungültig, die Liste des Innungsvorstandes dagegen für allein gültig erklärt. Er forderte dann am Morgen des Wahltages durch Postkarten sämtliche 1891 Innungsmitglieder auf, zu Hause zu bleiben und überhaupt nicht zur Wahl zu gehen, weil nur eine einzige gültige Liste vorhanden sei und diese daher ohne Wahl als gewählt gelte. Die Annullierung der beiden Gegenlisten war den Innungsmitgliedern vorher nicht bekannt gegeben worden. Die Arbeitsgemeinschaft protestierte gegen dieses Vorgehen in einem Flugblatt, das die Ausdrücke „niederträchtig und unmoralisch" enthielt. Hierauf strengte Paeth gegen die Mitunterzeichner dieses Flugblattes, die Tischlermeister Haefner und Mallwitz, die Beleidigungsklage an. Der Gegenschachzug war die Anzeige bei der Staatsanwaltschaft.

Auch der Handelsminister ist mit der Sache befaßt worden. Paeth hat sich in einem „Offenen Brief" an ihn über die Einsetzung eines Wahlkommissars durch die Aufsichtsbehörde beschwert, weil dadurch in die Innungsrechte eingegriffen und die Selbstverwaltung angetastet worden sei. Die Arbeitsgemeinschaft richtete daraufhin ein an den Handelsminister. Das Einschreiten des Magistrats ist inzwischen durch den Oberpräsidenten gutgeheißen worden. Die vom Magistratskommissar festgesetzten Wahlen finden am 17. Dezember statt. Es kann nach den Vorgängen keinem Zweifel unterliegen, daß das Ergebnis die Beseitigung des jetzigen Innungsvorstandes sein wird.

Stresemanns Außenpolitik und die Demokraten

Eine beachtenswerte Aeußerung.

Angesichts der letzten außenpolitischen Reichstags-Debatte erscheint beachtenswert eine Besprechung über Rheinbabens Stresemann-Biographie, die Dr. Eugen Fischer in den „Deutschen Stimmen" (Nr. 19), dem Organ Stresemanns, veröffentlicht. Bemerkenswert sind vor allem die Aeußerungen Dr. Eugen Fischers, die Stresemann als demokratischen Staatsmann bezeichnen:

„Ich finde es krampfhaft, Stresemanns Ideenpolitik als Machtpolitik — übrigens eine unglückliche Wortbildung, weil sie immer den Verdacht erweckt, als sollte Macht gegen Recht gesetzt werden —, die der Demokraten Rathenau und Wirth aber als Illusionspolitik zu kennzeichnen. Stresemanns Haltung wäre ohne die von Rheinbaben nicht hoch taxierte „Erfüllungspolitik" dieser Männer weder denkbar noch möglich. Und der erste Locarno-Ton, der die Welt durchschallte, und der in demselben hohen Sinne wie die Stresemannworte von Locarno, Genf und London ein Machtwort wurde, das war Rathenaus „Pace" in Rapallo. Und wenn ich recht berichtet bin, so war es wieder Rathenau, der begriff, daß die internationale Wirtschaft den Unterbau des kommenden Friedens hergeben müsse. Und es waren Wirth und Rathenau, die im Vertrag von Rapallo den schlechthin ersten Schritt aktiver deutscher Außenpolitik nach dem Kriege taten. Es ist künstlich und muß der Volksgemeinschaft schaden, wenn die Wahrheit, daß Stresemann die Linie dieser Männer fortsetzt, bezweifelt und wenn der Liberale grundsätzlich als Führer, der Demokrat als Nachläufer der Volksmasse hingestellt, jenem der Machtinstinkt, diesem nur die Ideologie zugesprochen wird. Es ist durchaus korrekt, Stresemann als demokratischen Staatsmann aufzufassen."

Preußisches Allerlei

Was der Etat erzählt

Neben der ernsten finanzpolitischen Mahnung des preußischen Finanzministers Höpker-Aschoff enthält der preußische Etat eine Fülle wissenswerter Einzelheiten über das preußische Staatsleben. U. a. wird im Haushaltsplan eine Uebersicht über die Zahl der Staatsbediensteten gegeben.

Nach dieser Uebersicht beträgt im Rechnungsjahre 1929 die Zahl der planmäßigen Beamten in Preußen 142 705, die Zahl der Hilfsbeamten 13 142, die Zahl der Angestellten 31 876. Dazu kommen noch 17 670 Staatsverwaltungsarbeiter. Insgesamt stehen im preußischen Staatsdienst 205 393 Menschen. Gegenüber 1928 sind an planmäßigen Beamten 1261, an Angestellten 4153 und an Staatsverwaltungsarbeitern 1110 mehr vorgesehen. Die größere Zahl der Beamtenstellen ist u. a. auf die Vereinigung des Freistaates Waldeck mit Preußen zurückzuführen.

*

Das Jahr 1929 wird nach den vorliegenden Unterlagen für Preußen auf rund 150 Millionen Mark zu schätzende Ausgaben auf dem Gebiete der Meliorationen, der Siedlung, der Kanal- und Hafenbauten, der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge und des Wohnungsbaues erfordern.

Gegenüber diesen großen Ausgaben steht im Etat auch eine große Einnahme verzeichnet: Nach der augenblicklichen Marktlage wird mit einem Holzertrage aus dem Forstwirtschaftsjahr 1929 in Höhe von 190 Millionen Mark gerechnet.

*

Der preußische Landtag erfordert für 1929 einen Zuschußbedarf von 6 306 221 Mark. Der Zuschußbedarf für 1929 beträgt 724 108 Mark mehr als für 1928. Die erhebliche Steigerung des Zuschußbedarfes von 1913 bis 1928 ist u. a. zurückzuführen auf die Vermehrung der Zahl der Abgeordneten, die längere Dauer der Tagungen des Landtages und seiner Ausschüsse. Der vermehrte Zuschußbedarf gegenüber 1928 beruht im wesentlichen auf der bereits im Rechnungsjahre 1928 durchgeführten Erhöhung der Aufwandsentschädigungen und Tagegelder der Abgeordneten.

*

Praktische Ostpreußenhilfe: Die durch den Verlust von Graudenz und Posen an den polnischen Staat übergegangenen Maschinenbauschulen des Ostens verlangen dringenden Ersatz, um so mehr, als die Maschine in der Landwirtschaft immer größere Verwendung findet. Zur Errichtung einer Maschinenbauschule für Ostpreußen in Gumbinnen ist daher im Etat der Handels- und Gewerbeverwaltung ein Betrag von 150 000 Mark eingesetzt.

*

Aus den Ausgaben, die der Staat für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung leistet: Unter den einmaligen Ausgaben für 1929 sind besonders bemerkenswert für die Universität Königsberg ein Ankauf von Gelände für die spätere Verlegung medizinischer Anstalten. In Berlin soll das pharmakologische und das hygienische Institut umgebaut und erweitert werden. In Breslau wird das alte Dienstgebäude des Polizeipräsidiums für Universitätszwecke umgebaut. In Göttingen erfolgt der Ausbau der früheren Städtischen Oberrealschule für Zwecke des Mineralogisch-Petrographischen Instituts. Unter den dauernden Ausgaben für 1929 sind gegen das Vorjahr mehr vorgesehen die Kosten für die Errichtung eines Ibero-Amerikanischen Institutes in Berlin und die Kosten für ein Institut der Geschichte, der Medizin und der Naturwissenschaften in Berlin.

Die pädagogischen Akademien in Elbing, Kiel und Bonn sind 1926, die pädagogische Akademie in Frankfurt am Main ist 1927 errichtet. Für 1929 ist die Errichtung von vier neuen pädagogischen Akademien vorgesehen. Für das Jahr 1930 ist die Errichtung von sechs weiteren pädagogischen Akademien geplant.

*

Was kosten die staatlichen Theater? Die staatlichen Theater in Berlin, Kassel und Wiesbaden haben im Jahre 1929 an Einnahmen eine Summe von 8 527 000 Mark zu verzeichnen. Die Ausgaben betrugen indessen 16 381 700 Mark, so daß ein Zuschuß notwendig ist von 7 854 700 Mark.

*

Die Folgen der Elektrisierung der Berliner Eisenbahnstrecken machen sich auch im preußischen Haushalt bemerkbar. Die Elektrisierung von Eisenbahnstrecken in der Nähe von Potsdam bedingt nämlich eine Verlegung des Observatoriums von Potsdam. Ein für einen Neubau geeignetes Gelände ist unter günstigen Bedingungen von der Stadt Niemegk erworben worden.

*

Ein Friedenszeichen im Etat: Den von der Preußischen Akademie der Künste nach Rom entsandten Stipendiaten standen früher auf dem Grundstück der Villa Strohl-Fern in Rom angemietete Ateliers zur Verfügung. Als diese infolge Verkaufs der Villa verloren gingen, erwarb der Geheime Kommerzienrat Eduard Arnhold einen Teil des Parkes der Villa Massimo, ließ darauf ein Kasino und eine Anzahl Ateliers errichten und schenkte dieses Anwesen dem preußischen Staat. Kurz vor Ausbruch des Krieges wurde das Besitztum beschlagnahmt. Es ist nunmehr gelungen, die Freigabe zu erreichen, so daß Stipendiaten dort arbeiten können.

Stinnes und Borsig als Demokraten

November-Erinnerungen 1918.

In Erinnerung an die November-Ereignisse des Jahres 1918 verdient auch die Gründung des „Demokratischen Volksbundes" erwähnt zu werden, der im November vor zehn Jahren das Licht der Welt erblickte. Der Demokratische Volksbund erließ damals einen Aufruf, in dem es hieß:

„In diesem Augenblick der Wehen, die Deutschlands Leib und Seele erschüttern, damit, wie wir hoffen, ein neues, lebensstarkes Reich geboren werde, dürfen alle, die für des Landes Schicksal eine Verantwortung in sich fühlen, nicht einsam, vereinzelt abseits bleiben.

Wir halten nicht zu dem Zertrümmerten, sondern zu dem Werdenden. Wir stellen uns rückhaltlos dem Volk, seinem Willen und seinen Vertretern zur Verfügung. Wir wollen nach besten Kräften, wo man uns braucht, der werdenden Gestaltung dienen. Wir wollen mitwirken, daß die Wurzeln des geistigen und wirtschaftlichen Lebens im großen Wandel der Dinge, den wir gutheißen, nicht Schaden leiden, sondern neue Kraft gewinnen."

In der ersten politischen Erklärung des Demokratischen Volksbundes trat dieser dann ein für das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht in der Form der Verhältniswahl mit gleichem Recht für beide Geschlechter.

Besonderes Interesse verdienen aber die Unterzeichner dieses Aufrufes, besonders wenn man die Liste dieser Unterzeichner heute nach zehn Jahren ansieht. Es befanden sich nämlich darunter der heutige deutschnationale Abgeordnete Franz Behrens, der Zentrumsabgeordnete Johann Giesberts und Adam Stegerwald, von den Sozialdemokraten u. a. Conrad Haenisch. Es stehen unter dem Aufruf weiter die Namen von Dr. Walter Schotte, der heute nationalsozialistische Politik treibt, ebenso der Name des Professors Seeberg, der auch den Fortschrittsideen von 1918 längst Valet gesagt hat, und endlich weist die Liste des Demokratischen Volksbundes auch die Namen von E. v. Borsig und Hugo Stinnes auf.

Jugend heraus!

Von Ernst Richter.

Demokratische Jugend tritt heraus aus deiner Reserve. Warum willst du noch länger abseits stehen, wo es um Deutschlands, um deine Zukunft geht. Alles was jetzt beschlossen wird in den Parlamenten des Reiches, der Länder, der Gemeinden, ist bestimmend für Jahrzehnte. Sage nicht, dafür sind die Anderen, die Aelteren, die Erfahreneren da und überlasse denen ruhig dein Schicksal. Nein, wir selbst sollen Hand anlegen an den Ausbau unseres Vaterlandes, unserer Heimat. Die Republik ist, während wir in das politische Leben hineingewachsen sind, 10 Jahre alt geworden. Ein Dezennium, das schwerer wiegt als all die Vorkriegsjahre, in denen unsere Väter aufwuchsen. Eine Zeit, in der der Jugend Lasten auferlegt wurden und werden, wie kaum vorher. Die Jugend aber schließt ihre Augen und will von all dem nichts sehen und hören. Sie taumelt von einem Vergnügen zum andern. Es ist wie ein Rausch, aus dem sie nicht erwachen will, denn hinter all dem Glanz und Flitter steht Not und Elend, steht Sorge und ungewisse Zukunft. Wir Jungdemokraten wollen aber nicht blind durch dieses Leben rennen, wir wollen der Gefahr ins Auge sehen und zu unserm Teil helfen am Aufbau.

Aufbau ist Arbeit. Harte, schwere Arbeit, aber am Ende steht als lockendes Ziel der Erfolg. In unseren Arbeitsgemeinschaften findet jeder das, wozu ihm die Neigung treibt. Volkswirtschaft, Literatur, fremde Sprache und als Ausgleich der geistigen Betätigung Sport. Wir treten nicht mit einer festen, unwandelbaren Ansicht an die Dinge heran, denn wir sind alle Sucher. Wir wollen aber im ernsten Streben, das Wichtigste herauskristallisieren zum dauernden Gewinn.

Was uns Jungdemokraten aber besonders am Herzen liegt und für was wir mit dem ganzen Idealismus unserer Jugend kämpfen, das ist die Einheit Deutschlands. Das geeinte Groß-Deutschland ist der Traum der Jugend zu allen Zeiten gewesen. Im Oktober 1817 zogen 500 Studenten mit ihren Professoren unter dem schwarz-rot-goldenen Banner hinauf zur Wartburg, zur Stätte eines Walter v. d. Vogelweide, eines Luther. Begeistert klangen die Reden, aber die damaligen Machthaber, die eine Revolution witterten, knebelten die Bewegung. Sie zu töten waren sie nicht imstande und der Gedanke lebte weiter. Generationen starben darüber hin und heute tritt der Gedanke in seiner vollen Größe an uns heran. Ob es uns gelingen wird, aus dem Traum Wirklichkeit zu machen, das hängt allein von der Jugend ab, von denen ein großer Teil interesselos beiseite steht. Groß sind die Widerstände, die zu beseitigen sind. Wie schrieb Heinrich Heine doch:

Und als ich auf dem Sankt Gotthard stand,
Da hört ich Deutschland schnarchen.
Es schlief da unten in sanfter Hut
Von sechsunddreißig Monarchen.

Nun, die Monarchen sind verschwunden, die der Einheit Deutschlands im Wege waren, aber ein Dutzend Ministerpräsidenten sind geblieben, die an ihrem Sessel kleben und die angebliche Eigenart der deutschen Stämme pflegen. Wir können nur Führer mit großem Idealismus gebrauchen, wir sehen statt dessen nur den krassesten Egoismus. Das Volk will gar keine Schranken, die nur von den regierenden Herren und ihrer Presse künstlich gezogen werden. Auch die Wirtschaft verlangt gebieterisch Vereinfachung des Staatsgetriebes. Das Beispiel Leipzig, die erst kürzlich eine Denkschrift, in Anlehnung an Landeshauptmann Hübener seine Schrift: „Mitteldeutschland auf dem Wege zur Einheit" herausgegeben haben, beweist es. Ueberall der Wille zum einigen Reich, nur an den höchsten Stellen will man nichts hören. Uns Jungdemokraten fällt die wichtige Aufgabe zu, nicht nachzulassen im Kampf und immer vorwärtsdrängen. Treibender Motor wollen wir sein.

Das heilige Feuer der Begeisterung brennt noch in uns. Sorgen wir, das die Flamme nicht vergehe, daß sie nicht erlöschen ist, wenn unsere Stunde schlägt. Darum komm zu uns. Ein großes Ziel erfordert große Vorbereitung. Du findest sie bei uns, bei gleichgesinnten, gleichstrebenden Freunden. Sage nicht, du seiest zu jung, um dich politisch zu betätigen. Je eher du kommst, je besser ist es. Sage auch nicht, du seiest zu alt für die Jungdemokraten, weil du schon zwei oder gar dreimal einen deutschen Reichtag gewählt hast. Komme zu uns, solange du dich jung fühlst. Jugend nicht im Sinne eines Zeitbegriffes, der sich festlegen läßt nach Jahre, sondern jung im Herzen und in der Seele. Freilich wir ziehen nicht mit großem Tram umher. Wir wollen keinen blinden Gehorsam, der auf der einen Seite im Hackenzusammenschlag seinen höchsten Ausdruck findet, und auf der anderen Seite in Hoch- und Niederrufen im Chor seinen Höhepunkt erreicht. Was wir fordern, ist rege, geistige Mitarbeit. Gewiß, „zu Befehl" sagen ist leichter, angenehmer, entbindet vom Nachdenken und von Verantwortung. Das kann aber das Ideal einer deutschen Jugend, die sich demokratisch nennt, nicht sein. Tatenfroh und begeistert gehen wir in die Zukunft. Der Appell soll zum Handeln mahnen, keine Zeit ist mehr zu verlieren.

Wenn auch die Zwietracht uns Schlingen stellt,
Ein neues Geschlecht tritt hervor.
Uns gehört die Jugend, uns die Welt,
Flamme empor.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16761780X19281201-14/fragment/page=0002

„Souvenir de Ludwigshafen"

Geschäfte und deutsches Nationalgefühl.

Eine im Schaufenster der französischen Buchhandlung Masson in der Schützenstraße in Ludwigshafen ausgestellte, als „Souvenir de Ludwigshafen" bezeichnete Holzjur, die einen deutschen Soldaten mit einem Wolfskopf und mit einem deutschen Helm darstellt, hat in der pfälzischen Bevölkerung Empörung ausgelöst. Dieses „Souvenir des Ludwigshafen" ist, wie die „Pfälzische Presse" bemerkt, als eine Herausforderung des deutschen Nationalgefühls auf deutschem Grund und Boden empfunden worden. Es ist mit Recht darauf hingewiesen worden, daß die pfälzische Bevölkerung eine derartige Verhöhnung aufs schärfste zurückweist und sich eine solche Beleidigung verbittet. Diese skandalöse Angelegenheit hat jetzt durch die Mitteilung der französischen Buchhandlung Masson eine noch skandalösere Wendung genommen. Die französische Firma teilt folgendes mit:

„Wenn Goethe sagt, daß derjenige in Mißkredit kommt, der etwas derartiges ausstellt, so müßte sich diese Bemerkung vor allen Dingen gegen denjenigen richten, der sich nicht gescheut hat, ein solches Spielzeug herzustellen und damit seine Landsleute lächerlich zu machen. Das betreffende „Souvenir" ist nämlich von einem Fabrikanten des rechtsrheinischen Deutschland hergestellt und mir von einem deutschen Kaufmann verkauft worden, dessen Namen und Rechnung ich jederzeit bereit bin, zur Kenntnisnahme vorzulegen. Ebenso hat der Fabrikant das Stück mit der Aufschrift „Souvenir de Ludwigshafen" versehen. Die Vorwürfe müssen sich also gegen den deutschen Verfertiger richten, der sich nicht scheut, seine Sachen in dieser Aufführung in das besetzte Gebiet zu verkaufen." Die französische Buchhandlung hat durch Vorlage der Rechnungen tatsächlich den Nachweis geführt, daß das „Souvenir de Ludwigshafen" von der Firma „Balnea A.-G., Fabriken für Seifenartikeln und Perlmutterbildern" in Nürnberg geliefert wurde.

Der Schutzpatron im Reichskanzler-Palais

In der „Frankfurter Zeitung" wird folgende nette Geschichte erzählt:

„Das deutsche Volk hat einen Schutzpatron, den es noch gar nicht kennt. Er stammt aus der auch sonst weithin beliebten Gilde der Zentral-Heizungs-Anlagen-Hersteller. Und er hat in dem Reichskanzlerpalais, gerade in dem Saale, in dem die Kabinettssitzungen stattzufinden pflegen, ein Schild angebracht, das verkündet: „Hier darf der Hebel nur langsam nach rechts gedreht werden." Man weiß, in früheren Zeiten stand der Hebel regelmäßig so weit nach rechts, daß er überhaupt nicht mehr weiter nach rechts gedreht werden konnte: Erhitzung bis zur Explosion war die Folge. Seitdem ist man vorsichtiger geworden. Aber auch in den letzten Jahren hat man manchmal schon allzu schnell nach rechts gedreht, und manche täten das auch heute gern. Der unbekannte Schutzpatron im Reichskanzlerpalais warnt mit seinem Zettel sie — und uns!"

Landbund-Niederlage in Mecklenburg

Die Ergebnisse der Wahlen zur neuen Landwirtschaftskammer für Mecklenburg-Schwerin lassen erkennen, daß der Landbund eine geradezu vernichtende Niederlage erlitten hat. Auf der Unternehmerliste erzielte der der Deutschen Volkspartei und den Demokraten nahestehende Bauernverein, für den die mittleren und kleineren Bauern ihre Stimme abgaben, ein Vielfaches der Stimmen für die Landbundseite. Der Landbund ist selbst in der Vertretung der Unternehmerschaft fast zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken.

Bisher waren in der Landwirtschaftskammer nur die Arbeitgeber vertreten. Die Linksmehrheit des gegenwärtigen Landtages hat aber mit Unterstützung volksparteilicher Abgeordneter ein neues Landwirtschaftskammergesetz zur Annahme gebracht, nach dem auch die Arbeitnehmer ein Drittel der Sitze in einer neuen Kammer zu wählen haben. Die neue Kammer selbst ist gegenüber der früheren wesentlich verkleinert worden.

Die Wirtschaftspartei vor Gericht

Der Kölner Konflikt der Wirtschaftspartei soll vor Gericht ausgefochten werden: der Parteivorstand teilt mit, daß er beschlossen habe, „die Gesamtangelegenheit ruhen zu lassen, bis die Richter entschieden haben".

Der Vorstand hat ganz recht, daß er von einer Gesamtangelegenheit spricht, denn es handelt sich schon lange nicht mehr um einen Lokalstreit zwischen der Kölner Ortsgruppe der Wirtschaftspartei und dem Mitgliede des Staatsrates Vater odt, sondern es sind auch inzwischen gegen mehrere andere prominente Führer der Partei schwere Angriffe gerichtet worden. Uebrigens erfährt man zunächst nicht, wer wen verklagt, ob Vaterodt die Kölner Ortsgruppe oder umgekehrt, oder welche Klagen sonst schweben.

Bestrafung eines völkischen Redakteurs.

Das Schwurgericht in Karlsruhe verurteilte den Schriftleiter des badischen nationalsozialistischen Organs „Der Führer", Moraller, zu 500 Mark Geldstrafe wegen Beschimpfung der schwarz-rot-goldenen Reichsfarben.

Gegen die Vergrößerung der Städte.

Die Wirtschaftspartei der Wahlkreise Düsseldorf-West und Ost wendet sich gegen jede Vergrößerung der Städte, weil sie eine Erhöhung der Verwaltungskosten und eine „ernste Gefährdung der kulturellen und wirtschaftlichen Belange der Angehörigen des städtischen und ländlichen Mittelstandes" mit sich bringe. Mit dieser Ansicht steht die Wirtschaftspartei wohl alleine da.

Bezirk Halle

Mitteldeutschland auf dem Wege zur Einheit

Halle. Am 22. November sprach in einer Mitgliederversammlung der D.D.P. Landesrat Dr. Berger über das Thema „Mitteldeutschland auf dem Wege zur Einheit". Die durch entsprechende Lichtbilder wirkungsvoll unterstrichenen Ausführungen des Redners sind besonders hoch zu bewerten, da sie gewissermaßen die offizielle Ansicht der sächsischen Provinzialverwaltung darstellen. Ist doch Herr Dr. Berger der Sachbearbeiter der vom Landeshauptmann der Provinz Sachsen im Auftrage des Provinziallandtages herausgegebenen Denkschrift gewesen.

Klar und eindeutig arbeitete daher auch der Vortragende die Unhaltbarkeit der augenblicklich noch bestehenden politischen Grenzen heraus. In sachlichen Worten geißelt er die unmöglichen Verhältnisse, die durch die zahlreichen Enklaven und Exklaven in verwaltungstechnischer aber vor allen Dingen auch in wirtschaftlicher Hinsicht geschaffen werden. Auf diese Verschwendung deutschen Nationalvermögens eindeutig hingewiesen zu haben, wird als bleibendes Verdienst des sächsischen Provinziallandtages und der Sachbearbeiter zu buchen sein, ebenso wie ja auch heute schon die Ausführungen unseres Parteivorsitzenden Dr. Erich-Koch-Weser über das Problem des dezentralisierten Einheitsstaates als bahnbrechend anerkannt werden. Von dieser höheren deutschen Warte aus gesehen, behandelten die Ausführungen des Herrn Landesrat Dr. Berger ein für uns Mitteldeutsche eminent wichtiges Teilproblem, das aber auch der Vortragende nur im Rahmen des großen Ganzen lösen will.

In großen Zügen wies Dr. Berger nach, daß die heute noch bestehenden Grenzen eine Folge des unseligen deutschen Miniaturfürstentums sind. Wie vor Jahrhunderten erbeutet, vererbt und angeheiratet wurde, so bestehen heute noch zum großen Teile Landesgrenzen. Dieselben können weder geographisch noch wirtschaftlich irgendwie begründet werden. Wenn dann aber immer wieder auf die Wahrung der Stammeseigentümlichkeiten hingewiesen wird, so darf dem wohl entgegengehalten werden, daß die heutigen Grenzen auf Stammes- und Sprachgrenzen auch nicht die geringste Rücksicht nehmen. Im Gegenteil, die Sprachgebiete — nur an den Dialekten kann man die Stämme doch einigermaßen zuverlässig erkennen — werden durch die politischen Grenzen rücksichtslos getrennt.

In humorvoller Weise zeigte der Vortragende an einzelnen drastischen Beispielen dann den unmöglichen Verlauf solcher Miniaturgrenzen. Hier werden Ortschaften durch die Grenze zerrissen, dort läuft die Grenze mitten auf dem Bürgersteig. An anderer Stelle wird ein Haus in zwei Teile zerschnitten und wieder anderswo besteht eine ganze Enklave aus einem Haus oder gar nur aus einem unbewohnten Acker.

Auch dem am geschichtlich Gewordenem Hängenden wurde klar, daß endlich einmal Abhilfe geschaffen und die politische Flurbereinigung in Angriff genommen werden muß, damit Wasserbau und Kleinbahnwesen, Steuern und Abgaben endlich einmal einheitlich geregelt werden können zum Wohle unserer Wirtschaft und zum Wohle unseres Volkes.

Daß Dr. Berger mit seinen Plänen keinen Wasserkopf Berlin oder sonst einen inödem Zentralismus gipfelnden Plan im Auge hat, bewies er bei seiner Stellungnahme zur Leipziger Denkschrift. Wir brauchen in Deutschland viele Kulturzentren und eine gesunde, zweckmäßige Dezentralisation innerhalb eines Einheitsstaates.

Lebhafter Beifall lohnte den Redner. Der Vorsitzende, Herr Oberingenieur Minner, faßte den Dank der Versammlung in treffende Worte und referierte alsdann kurz über den Stand der Stadtratswahlen.

*

Halle. (Beratungsstelle.) Die Wahlkreisgeschäftsstelle in Halle hat von jeher Gewicht darauf gelegt, neben ihrer politischen Aufklärungsarbeit den Parteifreunden im ganzen Bezirk auch in Fragen des wirtschaftlichen Lebens beratend zur Seite zu stehen. Von dieser Einrichtung ist bisher auch in recht ausgiebiger Weise Gebrauch gemacht worden. Dabei werden die Parteifreunde, die diese Einrichtung für sich in Anspruch nahmen, auch bestätigen können, daß sie bei der Leitung der Wahlkreisgeschäftsstelle ein williges Ohr und eine in vielen Fällen ersprießliche Hilfsbereitschaft vorgefunden haben. Diese Einrichtung ist in späterer Zeit noch dadurch ausgebaut worden, daß der geschäftsführende Vorstand neben dem Geschäftsführer Dornblüth noch einen zweiten Sekretär, Dr. Liebig, eingestellt hat und dadurch für die Freunde aus dem Lande die Gewähr gegeben ist, daß sie bei ihrem Vorstelligwerden in Halle immer einen der beiden Sekretäre antreffen. Sie werden also eine Fahrt nach Halle nicht vergeblich machen und können sicher sein, daß man sie dort gern und zweckmäßig beraten wird. Zur Erleichterung für viele Freunde aus dem Lande, die den Weg nach Halle scheuen, empfehlen wir aber auch den Kreisvereinen, in derselben Weise zu verfahren und innerhalb ihrer Vorstände eine solche Beratungsstelle einzurichten. Unter den Mitgliedern der Vorstände wird sich gewiß jemand finden, der zu solcher Beratertätigkeit an Parteifreunde in der Lage und bereit ist. Ist man in einzelnen Fällen über den zu erteilenden Rat im Zweifel, dann kann die Wahlkreisgeschäftsstelle in Halle schriftlich angefragt werden. Einer schnellen und pünktlichen Erledigung darf man dabei gewiß sein.

Bitterfeld. Am Sonntag, dem 2. Dezember findet die zweite Werterundfahrt statt. Es werden besucht Priorau, Salzfurth, Wolfen, Greppin und Sandersdorf. Die Wahlkreisgeschäftsstelle ist durch Dr. Liebig vertreten.

Weißenfels. Der von der Deutschen Demokratischen Partei am Freitag im Stadttheater veranstaltete öffentliche Vortrag über Deutsche Heldengräber war, trotz des ungünstigen Wetters, sehr gut besucht. Der Vorsitzende, Lehrer Schneider, wies in seiner Eröffnungsrede darauf hin, daß in diesen Tagen Tausende und Abertausende ihre Schritte zum Friedhof lenken, um die Gräber ihrer Verstorbenen zu schmücken. Tausende und Abertausende bedauern es aber unendlich, die Gräber ihrer Lieben nicht schmücken zu können, weil diese in weiter Ferne ihre letzte Ruhestätte gefunden haben. Lehrer W. Kretzschmar-Uhlstädt, welcher nunmehr das Wort ergriff, entledigte sich seiner Aufgabe in zweistündigen Ausführungen in hervorragender Weise. Redner betonte, daß heute noch weite Kreise des deutschen Volkes der Kriegsgräberfürsorge gleichgültig gegenüberstehen. Er schilderte den trostlosen Zustand mancher deutschen Heldenfriedhöfe, besonders in Belgien. Geradezu verwahrlost sind hier die Ruhestätten unserer Gefallenen. In Frankreich sind die deutschen Friedhöfe im allgemeinen besser als in Flandern, doch kann auch hier der Zustand keineswegs befriedigen. Der Redner fand in seinen Ausführungen scharfe und harte Worte über das mangelnde Verständnis mancher deutschen Auslandsvertretung im Punkte Kriegsgräberfürsorge. Redner führte seine andächtigen und wohl auch tief ergriffenen Zuhörer im Geiste an die Stellen, welche tausenden und abertausenden deutschen Helden als letzte Ruhestätte dienen. Am Schlusse seiner Ausführungen richtete der Redner die herzliche Bitte an die Versammlung, tatkräftig an einer würdigen Pflege unserer Kriegsgräber mitzuwirken. Die eingerichtete Auskunftserteilung in Graberangelegenheiten wurde vor und nach dem Vortrag sehr stark benutzt und es steht wohl zu erwarten, daß auf Grund der eingeleiteten Nachforschungen mancher Fall noch geklärt und manches Grab festgestellt werden wird.

Weißenfels. Die hiesige Ortsgruppe veranstaltet anläßlich des 10jährigen Bestehens der Deutschen Demokratischen Partei am Mittwoch dem 5. Dezember im „Herrmanns-Garten" eine öffentliche Kundgebung. Als Redner ist Reichsminister a. D. Dr. Külz gewonnen.

Eisleben. (Gründung einer Parteiortsgruppe in Oberröblingen am See.) Schon lange war es das Bestreben des Kreisvereinsvorstandes, in Oberröblingen, wo eine treue Schar Demokraten zu verzeichnen ist, eine Parteiortsgruppe ins Leben zu rufen. Die Vorarbeiten waren von einigen Parteifreunden aus Oberröblingen getan. So konnte am vergangenen Mittwoch der Versuch zur Gruppengründung gemacht werden. Nach einem Referat unseres Parteifreundes Berufsschuldirektor Busse, der über die „Politische Lage" sprach, und nach einer interessanten Aussprache konnte zur Gruppengründung geschritten werden. Die Anzahl Parteifreunde zeichneten sich sofort als Mitglieder ein. Die Leitung der Gruppe hat vorläufig Oberlokomotivführer Fink übernommen. Der Anfang ist gemacht. Wir begrüßen die neue Ortsgruppe in unseren Reihen und wünschen ihr ein weiteres Erstarken und eine segensreiche Arbeit zum Wohle unseres Volkes.

Delitzsch. Eine durchaus gelungene Feier des 10jährigen Bestehens der Deutschen Demokratischen Partei hielt die Ortsgruppe am 20. November ab. Der Saal war mit Blumen und mit den Reichsfarben festlich geschmückt. Der Vorsitzende, Kreisausschußobersekretär Richter, begrüßte Freunde und Gäste. Eine erstklassige Kapelle sorgte für den musikalischen Teil. Im Vorspruch brachte Fräulein Schmiedeberg den nationalen und großdeutschen Gedanken der Demokratie in formvollendeter Weise zum Ausdruck. Die Gedenkrede hatte Herr Dornblüth übernommen. Vor den Versammelten erstand zunächst ein Bild der Lage unseres Vaterlandes beim Zusammenbruch. Der Kampf der zur Verzweiflung getriebenen ausgehungerten Massen. Die Tatkraft der Frauen und Männer, die zur Gründung der Deutschen Demokratischen Partei, zum Ruf nach Recht und Ordnung, zur Einberufung der Nationalversammlung und zur Konstituierung der Verfassung führte. Es folgte eine Schilderung der schweren Jahre 1919—1923. Immer habe dabei die DDP. in vorderster Reihe um den Wiederaufbau Deutschlands gestanden und die Wege bezeichnet, die zuerst verächtlich abgelehnt, heute aber Allgemeingut für jede Regierung geworden sind. Als treffender Beweis der Richtigkeit der von der DDP. eingeleiteten Verständigungspolitik können die Worte Stresemanns in seiner Rede vom 19. November 1928 gelten: „Eine Politik der friedlichen Verständigung und des Versuchs der Wiederherstellung freundschaftlicher Beziehungen auch zu unseren früheren Gegnern ist eine absolute Notwendigkeit für die deutsche Politik, der sich kein Außenminister und keine Regierungskoalition entziehen kann, wenn sie sich nicht an der Existenz des Reiches versündigen will." Redner schilderte dann in kurzer Skizzierung die Arbeit der DDP. auf dem innerpolitischen Gebiet. Im Anschluß an die Gedenkrede sang die Versammlung das Deutschlandlied. Es folgten Rezitationen von Frl. Schmiedeberg, und im Laufe des Abends wurde der frühere Vorsitzende Dr. Schröder unter Ueberreichung eines künstlerisch ausgeführten Diploms zum Ehrenvorsitzenden der Ortsgruppe ernannt. Gäste und Mitglieder verbrachten dann noch einige Stunden angeregten Beisammenseins.

Damit jeder sie sehe und jeder sie lobe
Schicken umsonst wir Hefte zur Probe!

Der Deutsche Rundfunk

Die größte Funkzeitschrift! — bringt wöchentlich alle ausführlichen Programme der in- und ausländischen Sender

Heft 50 Pf., Monatsbezug RM 2.- / Man bestellt beim Postamt od. einer Buchhandlung / Probeheft umsonst vom Verlag Berlin N 24

Verantwortlich Johannes Dornblüth, Halle.
Druck: Buchdruckerei Weniger & Co., G. m. b. H., Dessau, Poststraße 9.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16761780X19281201-14/fragment/page=0003

Für Kleinsiedler und Landwirt

Ratgeber für Obst- und Gemüsebau, Blumenpflege und Kleintierzucht

Der Wechselbau im Wirtschaftsplan

Eine Grundregel der Landwirtschaft verlangt, daß auf demselben Acker jedes Jahr möglichst andere Früchte gebaut werden. Welche Früchte einander mit Vorteil folgen, darüber sind viele Erfahrungen gesammelt worden, und der tüchtige Landwirt sucht durch ihre Ausnutzung den Ertrag seiner Wirtschaft so hoch wie möglich zu bringen. In der Gärtnerei gelten gleiche Gesetze für die Gewächse, mit denen sie es zu tun hat. Auch hier soll ein und dasselbe Landstück nicht Jahr für Jahr dasselbe Gemüse tragen. Das Land wird sonst, wie man zu sagen pflegt, dieser Frucht müde. Bei der bunscheckigen Bepflanzung des Gemüsegartens scheint es allerdings nicht ganz einfach zu sein, stets den gehörigen Fruchtwechsel einzuhalten.

Die verschiedenen Pflanzen stellen verschiedene Ansprüche an den Boden und seinen Düngungszustand. Am Boden können wir in der Hauptsache nichts ändern, soweit es sich um seine mineralische Zusammensetzung handelt, aber seine Nährkraft können wir durch Düngung beliebig steigern. Ein Teil der Gemüse liebt nun reichliche Zufuhr frischen Stalldüngers. Das sind besonders solche Gemüse, deren Blätter, Blattstiele und Blütenköpfe wir genießen, also alle Kohlarten, Kohlrabi, Salat- und Spinatgewächse, Lauch (Porree), sodann Gurken, Kürbis, Tomaten, Sellerie. Man nennt diese Gemüse stark zehrend. Eine zweite Gruppe bilden die mäßig zehrenden Gemüse; dazu gehören besonders die Wurzel- und Zwiebelgewächse (mit Ausnahme des schon genannten Selleries), also alle Rüben, Schwarzwurzeln, Rettich, Radieschen, Zwiebeln, außerdem von den Hülsenfrüchten die Puffbohnen. Diese Gemüse gedeihen besser in zwar gut, aber nicht frisch gedüngtem Lande. Wenn wir nicht sehr guten Gartenboden haben, dann sind sie für eine Kompostbeigabe oder eine leichte Düngung mit künstlichem Dünger, der sowohl Stickstoff, wie auch Phosphorsäure und Kali enthält, doch sehr dankbar, nur frischen Stalldung vertragen sie nicht. Schwachzehrende Gemüse endlich sind die Hülsenfrüchte, Erbsen und Bohnen. Sie brauchen entweder in gut gepflegtem Gartenboden überhaupt nicht oder nur leicht mit Kali- und phosphorsäurehaltigen Düngemitteln gedüngt zu werden. Für den nötigen Stickstoff sorgen sie selbst. Außerhalb der Reihe dieser jährlich neu anzubauenden Gemüse stehen die ausdauernden Gewächse, wie Spargel, Rhabarber, Meerretich und Erdbeeren.

Es fehlen noch die Kartoffeln. Als Winterkartoffeln werden sie jetzt im Garten wohl kaum mehr gebaut, als Frühkartoffeln haben sie aber das Recht, in den Bebauungsplan mit aufgenommen zu werden. Man kann sie zwar jahrelang auf demselben Land erzeugen, besser ist es jedoch, man reiht sie in den Fruchtwechsel mit ein. Dann rücken sie an die Seite der mäßig zehrenden Gemüse, erhalten aber eine Sonderdüngung von gut verrottetem Stallmist, im Winter etwa 40prozentiges Kalisalz und kurz vor der Pflanzung etwas Ammoniak-Superphosphat.

Will man nun auf Grund dieser Einteilung den Wirtschaftsplan aufstellen, dann findet man als Anfänger die einfachste, im allgemeinen aber völlig befriedigende Lösung dadurch, daß man das Gartenland, soweit es nicht mit ausdauernden Gewächsen besetzt ist, in zwei Teile scheidet. Der eine Teil wird frisch und stark gedüngt und mit den starkzehrenden Gemüsen bebaut, den anderen düngt man nicht oder nur mäßig mit Kompost und künstlichem Dung, wie angegeben, und bestellt ihn mit mäßig und schwach zehrenden Pflanzen. Im nächsten Jahre wechselt man dann mit der Düngung und dem Anbau. Die Bestellung im dritten Jahre entspricht der im ersten, doch ist darauf zu achten, daß hierbei nach Möglichkeit dieselben Gemüsearten nicht wieder auf dieselbe Stelle kommen, daß z. B. nicht Kohlrabi gerade wieder dorthin kommt, wo er vor zwei Jahren gestanden hat. Deshalb soll man den Plan nicht nur auf dem Lande durchführen, sondern auch auf dem Papier festhalten, um stets für später sicheren Ueberblick zu behalten.

Ganz streng wird sich ein solcher Plan im Kleingartenbau oft nicht durchführen lassen: Das schadet aber wenig, wenn nur die Grundsätze des Wechselbaues im großen und ganzen befolgt werden. Durch Drei- und Vierteilung des Landes läßt sich der erstrebte Zweck noch vollkommener erreichen.

Obstfehler im Lagerraum

Eine ziemlich häufige Entwertung der Aepfel auf dem Lager entsteht durch das „Stippigwerden". Es ist auf Wachstumsstörungen zurückzuführen, die in Wassermangel ihre Ursache haben. Das Wasser wird in den Gefäßbündeln durch den Pflanzenkörper geleitet. Die feinsten Verästelungen dieser Leitungsbahnen liegen an den Blatträndern und bei den Früchten unter der Schale. Tritt bei einer Pflanze, die immer auf einen reichen Wasservorrat eingestellt war, plötzlich Wassermangel ein, so werden selbstverständlich diejenigen Gefäßbündel, die am feinsten sind und den Hauptadern am entferntesten liegen, am wenigsten versorgt. Die Zellen an den Gefäßbündelenden schrumpfen ein, werden braun und sterben ab.

Die Anlage zum Stippigwerden ist also schon vorhanden, wenn diese Frucht noch am Baume hängt, wird hier aber wohl weniger sichtbar, um so mehr später, nachdem die Frucht abgenommen ist und nicht mehr diejenigen Wasserzufuhren erhält, die durch die Verdunstung verloren gehen. Sind die zum Stippigwerden neigenden Früchte auf das Obstlager gekommen, so nehmen die braunen Flecke unter der Schale erheblich im Umfang als auch an Zahl zu und werden namentlich dann in der Ausbreitung noch begünstigt, wenn in dem Lagerraum Zugluft hergestellt wird, weil diese die Wasserverdunstung der Früchte beschleunigt. Aepfel, die durch eine Wachs- oder Fettschicht vor allzu starker Verdunstung geschützt sind, werden seltener stippig.

Um der Stippenbildung nach Möglichkeit vorzubeugen, muß man dafür sorgen, daß die Baumpflanzungen namentlich mit Stickstoff nicht überdüngt werden und regelmäßig Wasser zugeführt erhalten. In Bodenlagen, in denen die Bäume das ganze Jahr hindurch ausreichend mit Wasser versorgt sind, zeigen die Früchte keine Stippenbildung, oder sie tritt erst dann ein, wenn die Luft im Lagerraum zu trocken ist oder Zugluft um die Früchte streicht. Wer zwei Obstlagerräume besitzt, sollte die Früchte mit rauher Schale für sich lagern, da diese bei der Luftzuführung und Feuchthaltung des Lagerraumes viel mehr beachtet sein wollen als Früchte mit glatter, fettiger Schale. Früchte, die sehr spät lagerreif werden, müssen sorgfältig vor zu großer Verdunstung geschützt werden, da sie bei zu großem Wasserverlust einschrumpfen und die Lagerreife nicht erreichen. Wichtig ist auch, daß die Obstlagerräume dunkel gehalten werden; mit jedem Lichtstrahl kommt Wärme in den Raum.

Dezemberarbeiten in Garten und Stall.

Reinigung — Vorbereitung — Erneuerung.

Nicht selten setzt der Winter in unseren Breiten recht spät ein, so daß noch im Dezember mancherlei Arbeit im Garten verrichtet werden kann. Sie unterscheidet sich von der Novemberarbeit kaum. In der Hauptsache handelt es sich auch bei ihr um Vorbereitung, Reinigung und Erneuerung. Es wird gegraben, rigolt und gedüngt. Frühbeete werden ausgehoben und ausgebessert. Die halbverweste Mistschicht wird auf einen Haufen zusammengefahren, mit Kalkstaub, Sand und Holzasche vermischt und dann im Laufe des Winters öfters gejaucht. Dadurch erhalten wir eine vorzügliche Mistbeererde, die allerdings erst nach zwei bis drei Jahren genügend abgelagert ist. Die Komposthaufen werden umgesetzt. Regelmäßig sehen wir die Vorräte nach und lüften bei günstigem Wetter die in Kellern und Mieten eingeschlagenen Gemüse. Selbstgeerntete Samen werden ausgehülst und gereinigt.

Im Obstgarten wird gelichtet, beschnitten, gereinigt und gedüngt. Gleichzeitig gehen wir dem Ungeziefer zuleibe und vergessen auch nicht den treuen Helfern in diesem Kampfe, den Singvögeln, Schutz und Futter zu bieten. Die Baumscheiben werden gegraben und bei frostfreiem Wetter mit Jauche gedüngt. Bei frostfreiem Wetter wird gepflanzt.

Neben den Arbeiten im Freien gilt es in diesem Ruhemonat im Zimmer einen Rückblick auf das vergangene Wirtschaftsjahr zu werfen und das kommende vorzubereiten. Auch wer nicht genau Aufwand und Ertrag ziffernmäßig gegenüberstellen kann, weiß doch gut genug, welche Kulturen geglückt sind und welche mißlangen. Den Ursachen solcher Mißerfolge muß man nachspüren und Vorsorge treffen, daß sie künftig vermieden werden. Beim Entwurf des neuen Bepflanzungsplans der Nutzflächen sind solche Erfahrungen dann zu verwerten. So schreitet man vorwärts im Verständnis der Naturvorgänge im Garten und in der Freude an seiner Pflege und Nutzung.

Futter und Pflege im Winterstall. — Schlachtkaninchen. — Geflügelzuchtstämme.

In den Ställen muß der Tierhalter jetzt sein Hauptaugenmerk darauf richten, daß die Tiere unter den Unbilden des Wetters nicht leiden. Namentlich Ziegen sind gegen Kälte empfindlich. Darum entfernt man in den kalten Monaten den Mist niemals vollständig aus dem Stalle; bei anhaltendem Frost und kalten Winden unterläßt man das Misten ganz. Damit die Tiere aber trotzdem nicht feucht liegen, muß häufig Stroh nachgestreut werden. Die Jaucheabflußlöcher müssen natürlich in Ordnung sein. Die Außenzäune schützt man durch davor gestellte Strohbunde. Das Getränk reiche man nie ganz kalt, sondern stets in verschlagenem Zustande. Durch regelmäßiges Putzen fördern wir das Wohlbefinden der Ziegen. Bei schönem Wetter bringen wir je ins Freie und erhalten sie in Bewegung, während wir den Stall gut durchlüften und die Einstreu erneuern. Bei der jetzt überwiegenden Trockenfütterung brauchen die Ziegen mehr Tränke als im Sommer, doch vermeide man die schädliche Suppenfütterung.

Auch die Kaninchen müssen reichliche trockene Streu im Stalle haben und vor Wind und Niederschlägen geschützt sein. Ihnen schadet Kälte allerdings nicht, sie härtet sie im Gegenteil ab. Man braucht sie deshalb nicht in Innenställe zu bringen. Nur sollen die Ställe nicht zu oft gereinigt werden. Pelz- und Nutzkaninchenzüchter können den Winter zur Zucht benutzen. Solche Jungen sind hart und liefern vorzügliche Felle. Das Futter besteht im Winter aus Runkeln, Möhren und Stecklüben mit Heu. Es darf nicht gefroren sein. Weichfutter gibt man warm. Von Zeit zu Zeit setze man den Tieren auch lauwarmes Trinkwasser hin.

Die Monate November und Dezember bilden in der Kaninchenzucht die Zeit der Ernte. Schon ein Bestand von zwei bis drei Zuchthäsinnen der großen oder mittleren Rassen genügt bei richtiger Einteilung, um während der Wintermonate wöchentlich ein oder zwei Schlachttiere in der Küche verwenden zu können.

Die Hühner ins Freie zu lassen, hat keinen Zweck, wenn das Wetter naßkalt oder stürmisch ist. Dann soll der vor Niederschlägen und Wind geschützte Scharraum den Hühnern die Lebensbedingungen bieten, die ihre Gesundheit erhalten. Den Boden bedeckt man hier mit einer Lage Streu, Stroh, Laub und Spreu, in die man jeden Morgen, bevor man die Hühner aus dem Schlafstall läßt, Sämereien und Körner einbarkt. Grünfutter soll in Gestalt von Runkelrüben und Gemüseabfällen zur Verfügung stehen. Mittags gibt man Weichfutter mit Mineralsalzen. Die Hauptmahlzeit bildet aber die Abendfütterung. Dann dürfen sich die Tiere an Körnern satt fressen, sie frieren dann in der Nacht nicht. Den Kampf gegen das Ungeziefer im Stall setzt man auch im Winter fort. Den Boden belegt man mit einer Schicht Torfmull. Fühlen sich die Hühner wohl, so beginnen sie in diesem Monat mit dem Legen.

Das Wassergeflügel, das sonst gegen Kälte nicht empfindlich ist, bedarf einer dicken, häufig zu erneuernden Einstreu, denn beim Uebernachten auf kaltem Boden erkälten sich die Tiere. Auf dem Teich halte man namentlich den Enten eine Stelle eisfrei, da diese auch Winters über gern aufs Wasser gehen. Da manche Stämme schon recht frühzeitig mit dem Legen beginnen, ist die Zusammenstellung nicht länger hinauszuschieben. Bei den alten Gänsen macht sich im Dezember schon der Geschlechtstrieb bemerkbar. Jeder Besitzer von Gänsen, der keinen Gänserich selbst hält, sollte einen Zuchtganter aus der Nachbarschaft tageweise beschaffen, damit im Frühjahr die Eier befruchtet sind. Wer die Absicht hat, sich Frühbruten durch Truthennen zu verschaffen, der muß jetzt schon darauf bedacht sein, die Puten zu kaufen, damit diese Tiere zum Februar-März völlig vertraut mit den sie versorgenden Personen sind und die neuen Oertlichkeiten gewohnt werden.

Entenhaltung im Winter

Enten, die zum Schlachten bestimmt sind, pflegt man nicht durch den Winter hindurch zu füttern. Die Tiere, die man jetzt noch behält, sind also Zuchttiere. Diese verlangen möglichst freien Auslauf zum Wasser, sei dies nur ein breiter Graben oder ein Teich oder Fluß. Ein Wasserbecken, das auf dem Hofe oder im Obstgarten künstlich angelegt ist, erfüllt im Notfalle den gleichen Zweck, wenn der Raum, der sonst den Enten zur Verfügung steht, nicht gar zu beengt ist. Unsere Aufgabe ist es nun, mit darauf bedacht zu sein, daß die Enten diese Bade- und Schwimmgelegenheit auch im Winter aufsuchen. Setzt Frost ein, so werfen wir gegen Abend ein an einem Stricke befestigtes Reißbündel ins Wasser, das wir dann morgens gegen 10 Uhr, wenn die Enten zum Wasser watscheln, wieder herausziehen. Auf diese Weise bleibt immer, auch bei strenger Kälte, eine offene Wasserstelle, auf der sich die Enten beluftigen können. An Flüssen wohnende Entenzüchter dürfen ihre Tiere, wenn im Frühjahr Hochwasser eintritt, nicht aufs Wasser lassen, weil sie von der starken Strömung entführt werden könnten.

Der Stall für die Enten soll hell und luftig sein. Weder Hühner noch Gänse sollen ihn mitbewohnen. Warm braucht er nicht zu sein, es tut den Enten aber gut, wenn sie ein mit Stroh gepolstertes Lager darin finden. Dieses Stroh ist öfters zu erneuern, damit die Tiere nicht in ihrem Kote sitzen müssen. Der Fußboden des Stalles sollte nach der Türseite etwas geneigt sein.

Mit dem Futter kann der Entenbesitzer im Winter recht sparsam umgehen. Die Zuchtenten müssen im Gegensatz zu Hühnern und Gänsen knapp im Futter gehalten werden, denn ihr Eierstock soll sich jetzt noch nicht entwickeln. Dazu hat es Zeit bis zum Frühjahre, weil wir doch möglichst jedes von den Enten gelegte Ei zur Brut verwenden wollen. Glucken mit Enteneiern setzen wir am liebsten erst im April. Zu gute Fütterung der Enten im Winter könnte auch leicht zur Folge haben, daß sich später viele Eier als unbefruchtet erweisen.

Den Zuchtstamm stellt man möglichst bald zusammen. Jetzt ist die beste Zeit, einen Erpel zu kaufen, wenn man das Blut des Zuchtstammes auffrischen will. Im Frühjahr hält es oft schwer, passende Zuchttiere zu erhalten. Je früher wir fremde Erpel oder Enten zu den eigenen Tieren bringen, um so besser gewöhnen sie sich zusammen, desto besser lernen sie auch die Gegend ihres Auslaufs kennen.

Wie erzielt man Qualitätsfrüchte?

Es ist noch nicht lange her, da war der Begriff Tafelobst verknüpft mit der Vorstellung des Luxus. Wer Obstbäume hatte, begnügte sich mit dem, was sie an Früchten brachten, mochten sie gut sein oder schlecht, zahlreich oder spärlich. Sie wurden verbraucht, wie es sich gerade ergab. Aber die Volksernährung verlangte immer mehr und besseres Obst, und um nicht stetig die Einfuhr aus dem Auslande steigern zu müssen, ging man daran, bessere Sorten bei Neupflanzungen auszuwählen und die vorhandenen Bestände aufmerksamer zu pflegen. Dabei stellte es sich heraus, daß es nicht bloß auf die sachgemäße Ernährung der Obstbäume ankommt, sondern daß sie auch vor Krankheitszuständen aller Art geschützt werden müssen, die auf ihnen lebende und an ihnen zehrende Pilze und Insekten erregen. Ihnen muß man planmäßig entgegentreten, wenn man reichlich gutes Obst ernten will. Dazu bedarf es aber einiger Kenntnisse. Am besten erwirbt man sich diese durch naturgetreue farbige Abbildungen in natürlicher Größe, wie sie der Direktor der Biologischen Reichsanstalt für Land- und Forstwirtschaft in Berlin-Dahlem, Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Appel gemeinsam mit dem Kunstmaler August Dressel soeben herausgegeben hat. Sie finden sich in Band 4 und 5 der im Verlage Paul Parey, Berlin, erscheinenden „Taschenatlanten", die „Krankheiten des Kern- und Steinobstes" heißen. Jeder Band enthält 24 Tafeln über Knospen-, Frucht- und Triebschäden, Laubfraß, Laubflecken, Wurzel- und Stammschäden, und es sind wohl alle praktisch wichtigen Schäden und Schädlinge berücksichtigt. Jeder Tafel ist eine kurze allgemeinverständliche Beschreibung der betreffenden Krankheiten und Schädlinge beigefügt. Jeder Tafel ist eine kurze allgemeinverständliche Beschreibung der betreffenden Krankheiten und Schädlinge und Bekämpfungsvorschriften gegenübergestellt. Der Obstbautreibende hat hier knapp und deutlich alles beisammen, was er wissen muß, um seine Kulturen in Ordnung zu halten und ertragreich zu machen.

Nützliche Mitteilungen

Falsche Behandlung der Aprikosenbäume. Die Aprikosenzucht hat in Deutschland oft enttäuscht, weil man Sorten verwendete, die aus wärmeren Ländern eingeführt waren. Das ist überflüssig, seitdem wir bodenständige deutsche Sorten haben. Damit lassen sich recht leistungsfähige Bäume heranziehen. Törichterweise werden die Aprikosenerträge aber häufig durch höchst überflüssigen Schnitt geschmälert. Aprikosen bedürfen ebenso wie Pfirsiche keiner Nachhilfe durch einen Zweigschnitt, um fruchtbar zu werden. Es genügt, den Bäumen in den ersten Jahren durch leichtes Beschneiden eine zweckmäßige Grundlage mit nicht zu dichter Auffüllung zu geben. Danach überlasse man sie sich selbst und lichte nur das Allzudichte und später das Trockenwerdende aus. Auf glatte Schönheit der Zweigbildung soll man bei Pfirsichen und Aprikosen nicht allzu großen Wert legen, denn gerade die alten, knorrigen Abbildungen dieser Obstarten führen zu besonders großer Fruchtbarkeit. Infolgedessen liefern bei ihnen häufig Bäume, die schon ein ziemlich ruinenhaftes Aussehen besitzen, gerade die besten Ernten.

Mißbrauch der Kaninchenohren. Mancher Kaninchenbesitzer hält die Ohren seiner Tiere für die gegebene Handhabe, um sie daran aufzuheben und zu tragen. Das ist reine Tierquälerei. Will man das Kaninchen aus dem Stalle heben, so packe man es an der Halshaut hinter den Ohren im Genick oder etwas weiter am Rücken; bei einer großen Rasse, z. B. dem Belgischen Riesen, stütze man gleichzeitig den Körper von unten mit der anderen Hand. Sind große Tiere weit zu tragen, so nimmt man das Kaninchen ganz auf den Arm und hält es mit der anderen Hand sanft im Genick; beim Wiederhinsetzen wird der Körper durch die Hand gleichfalls umfaßt, damit das Tier nicht frei hängt. Beim Aufheben an den Ohren wird das Kaninchen leicht verletzt, indem die Ohren bei dieser barbarischen Behandlung ausgerissen oder doch an den Ansatzstellen überdehnt und deshalb schmerzhaft werden. Solche ausgerissenen Ohren entwerten die Tiere für den Verkauf zur Zucht.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16761780X19281201-14/fragment/page=0004

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit u. Vaterland

Der „Politische Wegweiser" erscheint wöchentlich einmal an jedem Sonnabend. – Bezugspreis: 75 Goldpfennig monatlich zuzüglich 6 Goldpfennig Postzustellungsgebühr. – Bestellungen nehmen alle zuständigen Postämter, Briefträger und der Verlag Halle (Saale), Gr. Brauhausstr. 30, entgegen.

Streiks, höhere Gewalt und Betriebsstörung entbinden den Verlag von der Haftung für Verzögerung und Entschädigung.
Verlag: Verein der Deutschen Demokratischen Partei, Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30
Schriftleitung: Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30. Fernsprecher Nr. 1277

Anzeigenpreis: Für die zehngespaltene Millimeter-Zeile 10 Goldpfennig. – Anzeigen im Reklameteil 1 Mark. – Anzeigen-Annahme durch den Verlag des „Politischer Wegweiser", Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30.

Nummer 48 | Halle, 1. Dezember 1928 | 4. Jahrgang

Koalitionsverhandlungen

In Uebereinstimmung mit dem Reichspräsidenten, der rigens schon seit längerer Zeit darauf drängte, hat nun ehr Hermann Müller die Besprechungen über eine Um ldung der Reichsregierung in die Wege geleitet. Die ste Unterhaltung hat bereits stattgefunden, ohne jedoch ein aktisches Ergebnis zu zeitigen. Das war vorauszusehen. uf den ersten Anhieb hin kann dieses Werk nicht gelingen. n man im Laufe dieser Woche noch einmal zusammen mmen will, brauchte man an sich keinen Pessimismus zu tonen. Im Gegenteil lassen sich die ersten Besprechungen nz gut an. Nur ist das so üblich. Die Schwierigkeiten tau n immer gegen Schluß auf. Auch damit muß gerechnet rden. Unüberwindlich sind sie nicht, obwohl man ihre Be utung nicht verkennen darf. Sie zeichnen sich schon sicht r genug ab, und zwar auf sachlichem Gebiet, während e persönlichen Fragen noch gar nicht in den Kreis der Er terungen einbezogen worden sind. An sich wäre es das chtigste, das Kabinett auf die Beine zu stellen, ohne lange ch einem Programm zu fragen, denn gewöhnlich nehmen e Ereignisse einen anderen Lauf, als in den Verein rungen vorgeschrieben wurde. Dann muß alles wieder um stoßen werden. Leider aber bestehen zwei Parteien, es d die deutsche und die bayrische Volkspartei, darauf, schon rher ein Programm fertigzustellen, auf das man sich rpflichtet. Schon im Faust heißt es, daß man getrost ch Hause tragen kann, was man schwarz auf weiß itzt. Diese Auffassung ist auch jetzt wieder herrschend. s zweckmäßig können wir sie nicht erachten, vor allem chten wir, daß es wieder einige unruhige Wochen geben rd, die angesichts der gespannten politischen und wirt aftlichen Lage sehr leicht bedenkliche Folgen haben können. ir müssen uns aber damit abfinden.

Die Tagung der Deutschen Volkspartei

In den letzten Tagen der vergangenen Woche hat die utsche Volkspartei zu den politischen Fragen Stellung nommen. Die Anwesenheit Stresemanns machte sich an nehm bemerkbar. Herr Dr. Scholz schlug eine bewegliche ktik ein. Er wich stillschweigend zurück. Das ist bei ihm Brauch, verpflichtet aber nicht. Wenn der Minister den cken kehrt, macht er doch wieder in Krisen. Von den rderungen, die er im Sommer bei der Bildung der jetzigen gierung aufgestellt hat, ist nicht allzu viel übrig geblie . Der entschiedene Wille Stresemanns und des Reichs tschaftsministers Dr. Curtius, unter allen Umständen den Aemtern zu verbleiben, um zu arbeiten, hat die immen ihrer Gegner in den Reihen gedämpft. Die Große alition wurde widerspruchslos als das Ziel bezeichnet, n man mit allen Kräften zustreben muß. Rein theoretisch rde zwar auch von der Umbildung in Preußen ge ochen, doch hatte man nicht den Eindruck, daß es eine ditio sine qua non mehr ist und das ist gut so. So bedingt wir auch die Wichtigkeit einer gleichzeitigen Bin ng derselben Parteien im Reich wie in Preußen nicht kennen, möchten wir doch nicht, daß deswegen irgendeine rzögerung eintritt, die sehr leicht verhängnisvolle Folgen en kann. Dazu sind die Aufgaben der nächsten Monate folgewichtig. Es kommt auch hinzu, daß in dem größ Lande die Schwierigkeiten nicht unterschätzt werden fen, die durch die Konkordatsfrage entstehen. Das Zen m geht von der Auffassung aus, daß es diese Verein ungen mit dem Vatikan leichter in die Scheuern ein ngen kann, wenn es innerhalb der Regierung nur mit Demokraten zu tun hat. Das dürfte ein Trugschluß t. Die Beschlüsse unserer Partei und unserer Landtags tion lassen keinen Zweifel darüber, daß wir jeden Ein f in die Schule auf diesem Umwege ablehnen werden. n kann sogar sagen, daß ein vernünftiges Kompromiß r zu erzielen ist, wenn beide liberalen Parteien gemein in der Koalition vertreten sind, als wenn die eine ußen steht und schärfste Opposition betreibt. Auch schadet wirklich nichts, wenn dem Zentrum der Liberalismus ge ossen gegenüber tritt, da die Sozialdemokratie in diesen gen nicht unbedingt zuverlässig ist. Da jedoch das Zen n von seiner Anschauung nicht abgeht, ist es nun ein besser, wenn man Preußen zunächst seinem Schick überläßt. So zahlenmäßig schwach die Demokraten sind, en sie doch die Entscheidung in Händen.

Die sozialen Fragen

Der springende Punkt bei den Koalitionsverhandlungen Reich wird die Sozialpolitik sein. Namentlich unter dem druck der Kämpfe an der Ruhr. Hier scheiden sich die ster. Es ist außerordentlich bedauerlich, daß gerade jetzt Verschärfung des Konflikts eingetreten ist und sich zur nde jedenfalls noch nicht absehen läßt' wann die Ver lungsversuche Erfolg haben. Man darf nicht vergessen, daß eine starke Belastung der Koalition aus diesem Ringen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern entsteht, weil es sich um Parteien handelt, die zwar politisch ungefähr in die gleiche Richtung drängen, das gilt nach innen wie nach außen, die aber in ihrer wirtschaftlichen Struktur grundverschieden sind. Die Sozialdemokratie umfaßt beinahe ausschließlich Arbeitnehmer oder kleine selbständige Existenzen, die allein ihren Betrieb versehen, also auch kein Interesse am Arbeitgeberstandpunkt haben. Das Zentrum ist an sich gespalten. Es zählt unter seinen Anhängern Angehörige aller Berufe. Nach den vielen Fehlern der jüngsten Vergangenheit muß es aber den Hauptton auf die Gewerkschaften legen, zumal die Erfahrungen des letzten Wahlkampfes bewiesen haben, daß es dieser Kreise nicht mehr sicher ist. Fünfhunderttausend Stimmen hat es am 20. Mai verloren, fast ausschließlich Stimmen aus diesen Elementen. Schon deshalb bemüht es sich, die sozialen Fragen lauter zu betonen. Die Demokraten stehen ungefähr in der Mitte. Auch sie rekrutieren sich zum erheblichen Teil aus Unternehmern oder freien Berufen, höheren Beamten und gehobenen Angestellten. Der Charakter der Parteien, die immer sozial waren und sich als Vermittler fühlten, wird dadurch nicht berührt. Anders aber die deutsche und die bayerische Volkspartei, die zwar auch nicht einheitlich zusammengesetzt sind, aber ihr Schwergewicht auf Industrie und Großhandel, bzw. auf die Landwirtschaft legen müssen. Es wird sehr guten Willens bedürfen, um hier einen Ausgleich zu finden. Wenn man jedoch aus taktischen Erwägungen überspitzte Anträge stellt, so kann sehr leicht alles gefährdet werden. Das gilt sowohl von der Forderung des Zentrums nach einem Notgesetz, durch das die stillgelegten Betriebe zwangsweise wieder eröffnet werden sollen und das für den Staat eine Verletzung seiner Neutralität bedeuten würde, wie für die Vorstöße in der entgegengesetzten Richtung, namentlich die Anzweiflung der Rechtsgültigkeit der vom Reich bewilligten Unterstützungen. Hier wird die Mitte einzuhalten sein.

Der Etat

Ein Hauptproblem unserer inneren Politik ist die Deckung des Defizits von 600 Millionen. Auch bei größter Sparsamkeit lassen sich nur Abstriche in bescheidener Höhe ermöglichen. Die Unterbilanz auf diesem Wege auszugleichen, erscheint uns ausgeschlossen. Es müssen also neue Einnahmequellen gesucht werden. Eine Erhöhung der Bezüge aus dem Branntweinmonopol dürfte leicht den geringsten Schwierigkeiten begegnen. Bedenklicher wird es schon bei der Erhöhung der Biersteuer, die nun einmal im deutschen Süden immer leidenschaftliche Empörung wachruft und das Zentrum nötigt, nicht nur auf seine Anhänger jenseits des Main, sondern auch auf die bayerische Volkspartei Rücksicht zu nehmen. Ob an einer Erhöhung der Erbschaftssteuer festgehalten wird, läßt sich nicht erkennen. Der Vorschlag hat bisher eine gewisse Rolle gespielt. Vielleicht soll er durch die Absicht Hilferdings abgelöst werden, die Vermögenszuwachssteuer wieder an das Tageslicht zu ziehen und zwar in der Form, daß die Inflationsgewinne erfaßt werden, wobei das Vergleichsjahr 1922 sein würde. An sich ist dieser Standpunkt durchaus berechtigt und moralisch sogar zu begrüßen. Wir haben für die Zeitgenossen, die sich an der Not des deutschen Volkes bereichert haben, nichts übrig und würden es nur angemessen finden, wenn man sie in einem Akt ausgleichender Gerechtigkeit stärker belastet. Die Bedenken, die dagegen geltend gemacht werden, liegen sowohl hier wie bei der Erbschaftssteuer in der herrschenden Kapitalnot. Man fürchtet, daß durch Zugriffe weitere Betriebe in ihrer Existenz bedroht werden. Ganz von der Hand weisen kann man es nicht, namentlich nicht bei der Landwirtschaft. Es wird daher sehr sorgfältiger Nachprüfung bedürfen, um eine Form der finanziellen Gesetzgebung zu finden, die das erstrebte Ziel, nämlich die Aufbringung mehrerer hundert Millionen erreicht, ohne allzu große Nachteile im Gefolge zu haben.

Die Reparation

Es hat keinen Zweck, Vogel-Strauß-Politik zu betreiben. Wir sagen das, weil wir nicht ganz den Eindruck überwinden können, daß man an unseren amtlichen Stellen den Kopf in den Sand stecken möchte. Die bisherigen Verhandlungen mit unseren Gläubigern sind nicht dazu angetan, uns in Sicherheit zu wiegen. Poincaré hat zweifellos das Heft in der Hand, wobei besonders bemerkenswert die Nachgiebigkeit der Engländer ist, die offenbar darauf verzichten, eigene Politik zu betreiben und sich in einer ähnlichen Abhängigkeit von Paris befinden, wie wir in den letzten Jahren vor dem Kriege von Wien. Die Franzosen haben insofern nachgegeben, als sie die Unabhängigkeit der Sachverständigen zugestanden. Das klingt bedeutungsvoller als es ist, denn diese Sachverständigen bekommen genaue Anweisungen mit in die Konferenz. Einmal die Balfour-Note, sodann die Rede Poincarés in Chambery, die beide in die gleiche Richtung weisen. Die Westmächte verlangen, daß wir ihre Schulden an Amerika bezahlen, während Frankreich und Belgien noch Entschädigung für die Zerstörungen hinzurechnen. Im Versailler Vertrage steht nichts davon, daß wir die Kriegskosten aufzubringen haben. Aber nicht darin sehen wir das Schwerwiegende. Sobald einmal die deutsche Leistungsfähigkeit erörtert wird, zeigt sich sofort, daß all diese Zahlen in der Luft schweben. Sie haben in der realen Welt überhaupt keinen Wert. Viel bedenklicher erscheint uns, daß jetzt die Reparationskommission seligen Angedenkens wieder zu neuem Leben erweckt und sogar in die Führung hineingeschmuggelt werden soll. In der Vereinbarung der sechs Mächte in Genf ist sie überhaupt nicht erwähnt worden. Zur Beruhigung sagt man, daß diese Kommission ja auch die Einladung nach London 1924 ergehen ließ. Das ist richtig, nur hat sich seitdem vieles geändert. Sie war auch damals ein Hemmschuh und ist erst von den Amerikanern beiseite geschoben worden. Sie jetzt wieder einzuschalten, bedeutet eine beträchtliche Erschwerung, da sie auch die Vertretung der Kleingläubigerstaaten, Polen, Tschechoslowakei, Rumänien und Portugal ist. Nach unserer Meinung sollte man hier von vornherein den nötigen Widerstand leisten.

Die Aussichten

Es kann gar nicht oft genug betont werden, daß zu einem Optimismus in der Reparationsfrage keinerlei Veranlassung vorliegt. Man ist ja verschiedener Ansicht darüber, ob die Zeit für eine endgültige Regelung reif ist. Sicherlich spricht manches dafür, die Dinge jetzt in Angriff zu nehmen. Auf der anderen Seite aber muß man doch sagen, daß der Druck der wirtschaftlichen Verhältnisse sich von Jahr zu Jahr stärker auswirkt. Die entscheidende Frage bleibt, ob er heute schon groß genug ist, um unsere Vertragsgegner zu dem notwendigen Einlenken zu veranlassen. Diesen Eindruck ha [illegible] hland in dem T [illegible] Notfall auf den Ti [illegible], muß Deutsch la [illegible] nur dann in Be [illegible] ungen ihn als un [illegible] nicht der Fall be [illegible] riesengroß und un [illegible] eiteres auf die Fo [illegible] u binden, weil die [illegible] der Ameri ka [illegible] ern festgelegt wo [illegible] h zu leicht üb [illegible]. Wir haben üb [illegible] lerei betrieben wi [illegible] lichten, daß es ric [illegible] neues Proviso riu [illegible] gesetzt, daß die Ja [illegible] Verpflichtungen für [illegible] verkennen wir nic [illegible] inen Mißerfolg an [illegible] er tragbar, als im [illegible] ber sich nachher al [illegible] ann gar nicht dri [illegible]

Richard Ma

Jeder Demokrat

schließt sich der Deutschen Demokratischen Partei an

Anmeldung:

Halle, Große Brauhausstraße 30.